

ANTWORTEN DER
BUNDESTAGSPARTEIEN AUF DIE
WAHLPRÜFSTEINE VON BIBLIOTHEK &
INFORMATION DEUTSCHLAND (BID) -
BUNDESVEREINIGUNG DEUTSCHER
BIBLIOTHEKS- UND
INFORMATIONSV ERBÄNDE E.V.

INHALTSVERZEICHNIS

Hinweis	5
Wahlprüfsteine (BID)	6
<i>I: Bibliotheken und Informationskompetenz</i>	6
<i>II: Bibliotheken und Bestandserhaltung –Bibliotheken und Digitalisierung</i>	6
<i>III: Bibliotheken und ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht</i>	6
<i>IV: Bibliotheken und Kulturelle Bildung</i>	7
Antworten der Parteien	8
CDU/CSU	8
<i>Informationskompetenz - I.1</i>	8
<i>Informationskompetenz - I.2</i>	8
<i>Informationskompetenz - I.3</i>	8
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.1 und II.2</i>	9
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.3</i>	9
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.4</i>	9
<i>Urheberrecht - III.1 und III.2 und III.3</i>	10
<i>Kulturelle Bildung - IV.1</i>	10
<i>Kulturelle Bildung - IV.2 und IV.3 und IV.4</i>	10
FDP	12
<i>Informationskompetenz - I.1</i>	12
<i>Informationskompetenz - I.2</i>	12
<i>Informationskompetenz - I.3</i>	12
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.1</i>	12
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.2</i>	13
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.3</i>	13
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.4</i>	13
<i>Urheberrecht - III.1</i>	13
<i>Urheberrecht - III.2</i>	14
<i>Urheberrecht - III.3</i>	14
<i>Kulturelle Bildung - IV.1</i>	14

<i>Kulturelle Bildung - IV.2</i>	15
<i>Kulturelle Bildung - IV.3</i>	15
<i>Kulturelle Bildung - IV.4</i>	15
Grüne	16
<i>Informationskompetenz - I.1</i>	16
<i>Informationskompetenz - I.2</i>	16
<i>Informationskompetenz - I.3</i>	16
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.1</i>	16
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.2</i>	17
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.3</i>	17
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.4</i>	17
<i>Urheberrecht - III.1</i>	17
<i>Urheberrecht - III.2</i>	18
<i>Urheberrecht - III.3</i>	18
<i>Kulturelle Bildung - IV.1</i>	18
<i>Kulturelle Bildung - IV.2</i>	18
<i>Kulturelle Bildung - IV.3</i>	19
<i>Kulturelle Bildung - IV.4</i>	19
Linke	20
<i>Informationskompetenz - I.1 und I.2 und I.3</i>	20
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.1 und II.2</i>	20
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.3</i>	21
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.4</i>	21
<i>Urheberrecht - III.1</i>	21
<i>Urheberrecht - III.2</i>	21
<i>Urheberrecht - III.3</i>	22
<i>Kulturelle Bildung - IV.1</i>	22
<i>Kulturelle Bildung - IV.2</i>	23
<i>Kulturelle Bildung - IV.3</i>	23

<i>Kulturelle Bildung - IV.4</i>	23
SPD	24
<i>Informationskompetenz - I.1 und I.2 und I.3</i>	24
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.1 und II.2</i>	24
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.3</i>	25
<i>Bestandserhaltung & Digitalisierung - II.4</i>	26
<i>Urheberrecht - III.1</i>	26
<i>Urheberrecht - III.2</i>	26
<i>Urheberrecht - III.3</i>	27
<i>Kulturelle Bildung - IV.1</i>	27
<i>Kulturelle Bildung - IV.2 und IV.3 und IV.4</i>	28
Statistikspielerein	29
Wörterzahl pro Prüfstein und Partei	29
Wordle-Wordclouds	29

HINWEIS

Das vorliegende Dokument fasst die Antworten der Bundestagsparteien zu einer Befragung von *Bibliothek & Information Deutschland (BID) - Bundesvereinigung deutscher Bibliotheks- und Informationsverbände e.V.* im Rahmen der Bundestagswahl 2009 zusammen. Die Antworten der Parteien wurden von der BID als Newsmeldung unter <http://www.bideutschland.de/deutsch/aktuelles/?news=57> (*Bundestagswahl: Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der BID liegen vor.* Berlin, 03.09.2009) als PDFs veröffentlicht – pro Partei eine Datei.

Dieses Dokument verfolgt nur das Ziel, den direkten Vergleich der Antworten der Parteien zu den einzelnen Fragen (den „Wahlprüfsteinen“) zu erleichtern. Inhaltlich wurde natürlich nichts geändert. Die PDFs von den Linken und der FDP lagen allerdings nur als Bild-PDFs vor, d.h. der Text konnte erst nach einer Texterkennung übernommen werden. Damit ist dieses Dokument barrierefreier als die Vorlage, allerdings kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass sich bei der Erkennung – trotz Prüfung – minimale Fehler eingeschlichen haben.

WAHLPRÜFSTEINE (BID)**I: BIBLIOTHEKEN UND INFORMATIONSKOMPETENZ**

1. Wie steht Ihre Partei zu Förderaktivitäten des Bundes zu Gunsten der Länder hinsichtlich einer Verankerung der Informationskompetenz-Vermittlung in den Bildungsstandards und in der Lehrerbildung?
Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)
2. Wie steht Ihre Partei zu Initiativen der Kommunen für die Schulen – in Partnerschaft mit Informationsfachleuten und Bibliotheken – zur Durchführung erfolgreicher Entwicklungsprojekte von Informationskompetenz im Unterricht, der Begabtenförderung und bei Exzellenzwettbewerben?
Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)
3. Welche zentralen Förderaktivitäten des Bundes auf diesen Gebieten unterstützt Ihre Partei?
Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)

II: BIBLIOTHEKEN UND BESTANDSERHALTUNG – BIBLIOTHEKEN UND DIGITALISIERUNG

1. Wie steht Ihre Partei zu einem bundesweiten Initiativprogramm zur Digitalisierung von gedrucktem und handschriftlichem Kulturgut?
Antwort: [CDU/CSU \(1-2\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)
2. Wie steht Ihre Partei zu einer nationalen Bestandserhaltungskonzeption zugunsten von Büchern, Handschriften und Archivalien aus historischen Sammlungen der wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen?
Antwort: [CDU/CSU \(1-2\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)
3. Wie steht Ihre Partei zu einem bundesweiten Initiativprogramm zugunsten der langfristigen Zugänglichkeit von digital erzeugten Netzpublikationen in wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen?
Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)
4. Wie steht Ihre Partei zum Ausbau von Nationallizenzen in wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen? Wird sie sich für eine zentrale Finanzierung einsetzen?
Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

III: BIBLIOTHEKEN UND EIN WISSENSCHAFTSFREUNDLICHES URHEBERRECHT

1. Wie beabsichtigt Ihre Partei die Rechte des Urhebers wieder zu stärken und zugleich für einen gerechten Interessensausgleich bei der Nutzung urheberrechtlichen Schaffens im Rahmen von Schranken für Bildung und Wissenschaft herzustellen?
Antwort: [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)
2. Zurzeit werden einzelne Tatbestände der Nutzung im Rahmen von Bildung und Wissenschaft in unterschiedlichen Schranken geregelt (§§ 52a, 52b, 53, 53a UrhG). Würde Ihre Partei eine gesetzliche Schranke für Bildung und Wissenschaft, in der alle Anwendungen geregelt sind, präferieren, und, wenn ja, würden Sie sich dafür einsetzen?
Antwort: [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)
3. Open Access bedeutet nicht, dass der Urheber auf seine Rechte aus dem Urheberrechtsgesetz verzichtet. Vielmehr wendet er sein exklusives Recht, Dritten Nutzungen zu gestatten, bewusst an (§ 31 ff UrhG). Das Renommee eines Wissenschaftlers hängt maßgeblich von seinen Veröffentlichungen in namhaften wissenschaftlichen Zeitschriften ab. Deren Verlage verlangen in der Regel die Einräumung von ausschließlichen Nutzungsrechten. Das Recht, nach Fristablauf anderen ein einfaches Nutzungsrecht zu nichtkommerziellen Zwecken einzuräumen (§ 38 UrhG), kann vertraglich

abbildungen werden. Wie steht Ihre Partei zur Stärkung des Urhebers, indem in § 38 UrhG das Recht zwingend ausgestaltet wird und eine vertragliche Abbedingung als nichtig erklärt wird?

Antwort: [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

IV: BIBLIOTHEKEN UND KULTURELLE BILDUNG

1. Wie will Ihre Partei die Öffentlichen Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft in Programmen und Einzelmaßnahmen des Bundes zur Kulturellen Bildung und zur Erwachsenenbildung strategisch verankern und konkret fördern?

Antwort: [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

2. Wie steht Ihre Partei zu der Errichtung einer Bibliotheksentwicklungsagentur, wie sie im Abschlussbericht der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ empfohlen wurde?

Antwort: [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

3. Wie steht Ihre Partei zu unseren Forderungen für ein nationale Bibliotheksstrategie bzw. ein Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene, worin die Aufgaben und Funktionen der Bibliotheken sowie Finanzierungsmodalitäten definiert werden?

Antwort: [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

4. Wie steht Ihre Partei zu einer strategischen Bibliotheksförderung des Bundes?

Antwort: [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.1

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden. Die CDU und CSU wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen.

Die deutsche Sprache ist mehr als ein Mittel der Verständigung. Sie ist ein herausragendes Merkmal der Kultur unseres Landes und ein die Gesellschaft einigendes Band. Wo Sprache verkümmert, wird Bildung schlechter. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt bei der vorschulischen und schulbegleitenden Spracherziehung und setzen die entsprechenden Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent um.

Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt hohe Bedeutung zu. Professionell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind wichtig für die Qualität von Schule und Unterricht. Daran muss sich die Lehrerbildung orientieren – in Erstausbildung und regelmäßiger Weiterbildung. Dies gilt ebenso für den Umgang mit Medien. Wir wollen die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken und auf einen pädagogisch sinnvollen Umgang mit den Neuen Medien hinwirken.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.2

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Gute Schulen sind selbstständige Schulen. So, wie wir mehr Entscheidungsfreiheit für Hochschulen durchgesetzt haben, wollen wir diesen Weg auch für die Schulen weiter gehen. Was die Schule im Ergebnis leisten muss, muss der Staat in bundesweiten Leistungsmaßstäben festlegen und nachprüfen. Wie es geleistet wird, soll stärker vor Ort entschieden werden. Medienbildung und digitale Kompetenz für Schülerinnen und Schüler sind unverzichtbar. Kooperationen zwischen Schulen, Bibliotheken und Vertretern der IT-Branche sind dort, wo sie sinnvoll und möglich sind, zu unterstützen.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.3

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)

Neben einer grundlegenden Lese- und Sprachkompetenz, auf die wir in unserer Antwort zur ersten Frage hinweisen, sollen Kinder und Jugendliche den altersund sachgerechten Umgang mit allen Medien erlernen.

Print und Online schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander. Trotz des Zuwachses elektronischer Medien sind Zeitungen und Zeitschriften weiterhin entscheidende Informationsquellen. Mit der "Nationalen Initiative Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie" im Bereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sollen Kinder und Jugendliche an die Nutzung dieser Medien

herangeführt werden. CDU und CSU wollen das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften als Kulturgut in unserer Gesellschaft stärker verankern.

Darüber hinaus werden im Bereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die Aktion "fragFINN.de" gefördert, die einen sicheren Surfraum bietet. 2008 wurde zusammen mit dem Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend die Initiative "Ein Netz für Kinder" gestartet. Mit jährlich 1,5 Millionen Euro soll sie Anreize für die Entwicklung kindergerechter und qualitativ hochwertiger Internetseiten bieten.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.1 UND II.2

Antwort (Frage): [FDP \(1, 2\)](#), [Grüne \(1, 2\)](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)

Die Digitalisierung und das Internet stellen Kultur und Wissenschaft vor grundlegende Herausforderungen. Ein möglichst umfassender Zugang zu kulturellem Erbe und wissenschaftlicher Information ist wichtig. Wir wollen diesen Innovationsschub in Deutschland nutzen und unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen. Unser kulturelles Erbe ist ein Schatz, den wir hüten und weitertragen wollen. Dazu gehört auch die Bewahrung unseres Filmerbes. Im August 2009 hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zusammen mit Vertretern der "Allianz zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes" eine Arbeitsgruppe unter seiner Leitung ins Leben gerufen, in der Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen, Institutionen und Verbänden eine Konzeption für Maßnahmen der Bestandserhaltung erarbeiten sollen.

Nationales Kulturgut muss auch im digitalen Zeitalter weitgehend in öffentlicher Verantwortung bleiben. Daher sind Alternativen zu privaten Initiativen wichtig. Im Bereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien werden die Deutsche und die Europäische Digitale Bibliothek gefördert, die nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten auswählen. Sie vernetzen die digitalen Bestände zahlreicher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland und Europa.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.3

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Der Deutschen Nationalbibliothek kommt bei der Bewahrung unseres Kulturerbes eine Schlüsselstellung zu. Wir haben ihren Sammelauftrag auch auf Medienwerke erweitert, die als Netzpublikationen unkörperlich verbreitet werden. Das ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung und Nutzung unseres digitalen Kulturerbes. Wir setzen uns dafür ein, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.4

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Der Zugang zu Wissen ist ein entscheidender Standortfaktor für die Forschung, ein wichtiger Wettbewerbsfaktor für die Wirtschaft sowie eine ganz persönliche Zukunftsressource für jede und jeden Einzelnen. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Bibliotheken sind in besonderem Maße darauf angewiesen, Wissen verfügbar zu machen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützt den Erwerb von Nationallizenzen für Datenbanken, digitale Textsammlungen und elektronische Zeitschriften. CDU und CSU wollen die deutschen Forschungseinrichtungen stärken und auch die Arbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft weiter zukunftsorientiert fördern.

URHEBERRECHT - III.1 UND III.2 UND III.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP \(1, 2, 3\)](#), [Grüne \(1, 2, 3\)](#), [Linke \(1, 2, 3\)](#), [SPD \(1, 2, 3\)](#)

Die Wissens- und Informationsgesellschaft sowie in eine zunehmend wissensbasierten Wirtschaft stellen uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie insbesondere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der bestmöglichen Informationsinfrastruktur ausstatten, die sie für ihren Bildungs- und Forschungsauftrag benötigen. Dabei spielt Open Access eine wichtige Rolle.

Urheber brauchen Sicherheit im digitalen Zeitalter. Der Sicherung der Rechtsstellung der Urheber im digitalen Zeitalter muss daher durch das Urheberrecht Rechnung getragen werden. CDU und CSU setzen sich für einen fairen Ausgleich der Interessen von Bildung, Wissenschaft, Urhebern und Verlagen ein.

KULTURELLE BILDUNG - IV.1

Antwort (Frage): [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Der Stellenwert der Kultur als Politikfeld hat sich seit 2005 deutlich erhöht. Die seither erfolgte kontinuierliche Anhebung des Kulturhaushaltes auf Bundesebene um insgesamt 10,4 Prozent hat dazu beigetragen, dass wichtige kulturpolitische Vorhaben verwirklicht werden konnten. Das wollen wir fortführen.

Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, an der Kommunen, Länder und Bund unter Beachtung ihrer jeweiligen besonderen Zuständigkeiten mitwirken. Mit dem "Pakt für Deutschland" hat die von CDU und CSU geführte Bundesregierung die Möglichkeit zur Förderung kommunaler Kultur- und Bildungseinrichtungen eröffnet. Dazu gehören auch Bibliotheken.

Die kulturelle Bildung haben wir zum Schwerpunktthema gemacht. Wir verstehen Bildung umfassend. Deshalb wollen wir den Wert von Bildung für jeden Einzelnen und das Vertrauen in unser Bildungssystem insgesamt neu verankern. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Wir wollen jungen Menschen die Kenntnis über und den Zugang zu unserer Kultur ebenso wie den Umgang mit Medien früher und intensiver vermitteln. Wesentliche Einzelaspekte hierzu sind in unseren Antworten auf die Fragen in Abschnitt "Bibliotheken und Informationskompetenz" dargelegt.

Die kulturelle Bildungsarbeit lebt vom Mitmachen und davon, dass erfolgreiche Projekte breiter bekannt gemacht werden. Neben der besseren Einbettung von kulturellen Bildungsinhalten und Medienerziehung in Kindergarten und Schule wollen wir herausragende Projekte mit Modellcharakter durch den neu geschaffenen Preis für kulturelle Bildung bundesweit sichtbar machen. Dieser Preis wurde erstmals am 9. Juni 2009 verliehen. Damit wollen wir auch das Interesse an bislang weniger beachteten Zielgruppen wecken – darunter auch Bibliotheken.

KULTURELLE BILDUNG - IV.2 UND IV.3 UND IV.4

Antwort (Frage): [FDP \(2, 3, 4\)](#), [Grüne \(2, 3, 4\)](#), [Linke \(2, 3, 4\)](#), [SPD \(2-4\)](#)

Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sprachkompetenz und Leseverständnis sind Grundlagen für lebenslanges Lernen. CDU und CSU setzen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung. Um jungen Menschen Lust auf Sprache und Lesen zu machen, sind Kindergärten, Schulen und Eltern gefordert. Auch Bibliotheken können dazu beitragen. Zahlreiche Aspekte hierzu sind in unseren vorstehenden Antworten genannt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich aktiv an der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des 15. und 16. Deutschen Bundestages beteiligt. Die Empfehlungen der Kommission tragen zu einer noch höheren Akzeptanz der Kulturpolitik auf allen politischen Ebenen bei. Zahlreiche Handlungsempfehlungen wurden bereits umgesetzt. Die Empfehlungen für den Bereich "Öffentliche Bibliotheken", soweit sie an den Bund gerichtet sind, werden in der kommenden Legislaturperiode erneut aufgegriffen.

Für die Umsetzung von Bibliotheksgesetzen sind allein die Länder zuständig. Thüringen hat als erstes Bundesland die Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission umgesetzt und im Juli 2008 verabschiedet.

In unseren Antworten auf die vorstehenden Fragen haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass wir uns dafür einsetzen, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen. Dazu müssen alle beitragen – auch der Bund, der seine Mitverantwortung durch eigene Einrichtungen zur Sammlung von Bibliotheks- und Archivgut sowie durch die Förderung entsprechender Einrichtungen von nationalem Interesse wahrnimmt. Wir werden bei der staatlichen Kulturförderung nicht nachlassen.

FDP

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Die FDP hält es für zwingend notwendig, dass die Vermittlung von Informationskompetenzen bei der Ausgestaltung von Bildungsstandards sowie in den Aus- und Weiterbildungsgängen zum Lehreramts berücksichtigt bzw. einbezogen wird. Es gilt für Schülerinnen und Schüler, Lehramtsanwärter und Pädagogen gleichermaßen, sich möglichst frühzeitig systematisch und sachlich fundiert mit den Möglichkeiten und Schranken der Informationsverarbeitung und -Beschaffung auseinanderzusetzen und den Umgang mit Informationstechnologien zu erproben, damit die erworbenen Fertigkeiten effektiv im privaten und beruflichen Wirken eingesetzt werden können. Hierfür wird sich die FDP auf allen politischen Ebenen einsetzen.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Grundsätzlich befürwortet die FDP eine Zusammenarbeit von Schulen und externen Kooperationspartnern. Wir vertreten die Auffassung, dass es ein Anliegen der Schulen sein sollte, Verbünde mit örtlichen Bibliotheken einzugehen und mögliche Synergien zu erschließen und nutzen. Daher setzen wir uns auch auf kommunaler Ebene als auch in den Landesparlamenten dafür ein, dass Schulen in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden und derartige pragmatische Konzepte umsetzen können.

Die FDP hat sich in der vergangenen Legislatur für eine weitergehende Stärkung der Begabtenförderung eingesetzt, musste jedoch leider immer wieder hinnehmen, dass die Koalition aus CDU und SPD nicht dazu bereit war, unsere Forderungen in Gänze mitzutragen. Wir werden uns jedoch auch weiterhin für eine derartige Akzentuierung stark machen.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)

Die Möglichkeiten des Bundes zur Förderung der Informationskompetenz im Bildungssektor sind, gerade im Zuge der Föderalismusreform begrenzt. Deswegen müssen die verbliebenen Freiräume effektiver genutzt werden. Dies gilt gerade für den Bereich der Bildungsforschung, die Förderung und Finanzierung von Modellprojekten, aber auch und insbesondere für das Feld der Begabtenförderung.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-2\)](#), [Grüne \(1, 2\)](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)

Die Bundesregierung hat in ihrem Medien- und Kommunikationsbericht angekündigt, mit der Errichtung der Deutschen Digitalen Bibliothek ein zentrales Zugangsportale im Internet für die über 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Dieses soll zugleich in das Netzwerk der Europäischen Digitalen Bibliothek „Europeana“ eingebunden werden, in der gegenwärtig digitales Kultur- und Wissensgut aus Deutschland deutlich unterrepräsentiert ist. Geplant ist, ein Verwaltungs- und Finanzierungsabkommen zwischen Bund und Ländern über Errichtung, Trägerschaft und Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek umzusetzen. Eine Bund-Länder-Fachgruppe bereitet derzeit unter Federführung der Deutschen Nationalbibliothek die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung der Deutschen

Digitalen Bibliothek vor. Ab 2010/2011 soll die Deutsche Digitale Bibliothek in Betrieb gehen. Die FDP unterstützt dieses Ansinnen.

Die digitale Vernetzung der Archive und Bibliotheken, die langfristige Datensicherung und der Erhalt der Originale (Stichwort: Kölner Stadtarchiv) in den Archiven und Bibliotheken halten wir für äußerst wichtig und begrüßenswert.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-2\)](#), [Grüne](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hatte Bund und Ländern empfohlen, gemeinsam eine nationale Bestandserhaltungskonzeption für gefährdetes schriftliches Kulturgut zu erarbeiten. Die FDP hält dies für begrüßenswert.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Auch Netzpublikationen sind Teil des kulturellen Erbes und damit des kulturellen Werdeganges einer Nation. Sammeln, Verzeichnen und Bewahren - dies gilt auch für dieses Medium und die Begriffe erhalten eine völlig neue Dimension. Der Aufgabenbereich der Deutschen Nationalbibliothek wurde mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Nationalbibliothek 2006 auch um den Sammelauftrag der Netzpublikationen erweitert. Ob für die langfristige Zugänglichkeit von Netzpublikationen in wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen ein bundesweites Initiativprogramm notwendig ist, muss in Zukunft diskutiert und geprüft werden; dies jedoch nicht, ohne die Betroffenen angehört zu haben.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Den Ausbau von Nationallizenzen in wissenschaftlichen Bibliotheken werden wir überdenken und prüfen.

URHEBERRECHT - III.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Vor allem im digitalen Umfeld artikulieren die Nutzer ihre Interessen im urheberrechtlichen Kontext heute deutlicher als in der Vergangenheit. Im Kern geht es dabei stets um die Frage, in welchem Umfang die Ausschließlichkeitsrechte der Urheber und Verlage zugunsten einer zustimmungsfreien - und womöglich sogar vergütungsfreien - Nutzung beschränkt werden sollen. In manchen Bereichen, wie z. B. im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung wird der Wunsch nach weitreichenden Ausnahmen vom Urheberrecht mit vermeintlich übergeordneten Interessen (freier Zugang zu Informationen) begründet. Aus dem berechtigten Bedürfnis nach Interessenausgleich wird dabei immer öfter der Anspruch nach einer weitgehenden Beschneidung des Urheberrechts zugunsten einer ungehinderten Werknutzung. Das unterstützt die FDP nicht. Das geltende System der urheberrechtlichen Schranken, das auf den - abschließenden - Vorgaben des Gemeinschaftsrechts beruht, hat sich im Großen und Ganzen bewährt. Der Interessenausgleich zwischen Nutzern und Rechteinhabern ist im Rahmen dieses Systems weiterzuentwickeln. An den Grundsätzen des Urheberrechts ist dabei festzuhalten. Bei einigen wichtigen Fragen fehlen noch immer befriedigende und sachgerechte Lösungen. Das gilt insbesondere für das Problem die "Retrodigitalisierung" geschützter Werke durch Museen, Archive usw. und für den sachgerechten Umgang mit sog. "Verwaisten Werken".

URHEBERRECHT - III.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Das System der urheberrechtlichen "Schranken", wie es das deutsche Urheberrecht seit Jahrzehnten kennt, hat sich bewährt. Die FDP spricht sich dafür aus, an diesem System festzuhalten. Zu Recht folgt auch die "Informationsgesellschafts-Richtlinie", mit der die urheberrechtlichen Schranken in der EU harmonisiert worden sind, diesem Prinzip. Die urheberrechtlichen Schranken knüpfen heute grundsätzlich an bestimmte Nutzungen an, nicht an die Person des Privilegierten. Auch darin folgt das deutsche Urheberrecht der Informationsgesellschafts-Richtlinie. Ob es die Anwendung der Schranken erleichtern würde, wenn stattdessen die privilegierten Einrichtungen als Bezugspunkt gewählt würden, erscheint fraglich. Inhaltlich würde sich durch eine solche Umstellung jedenfalls nichts ändern, da der Umfang der Schranken durch das europäische Gemeinschaftsrecht definiert ist. Soweit mit "Schranke für Bildung und Wissenschaft" eine generalklauselartige Regelung nach dem Vorbild des US-amerikanischen fair use gemeint ist, scheitert eine solche Lösung

ebenfalls am Gemeinschaftsrecht. Sie würde für alle Beteiligten im Übrigen zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen, weil die Konkretisierung durch Richterrecht erfolgen müsste, das sich über Jahre erst langsam entwickeln müsste und bis zur höchstrichterlichen Klärung der Einzelfragen sehr zersplittert wäre, soweit die Gerichte nicht auf die zu den bisherigen Schranken ergangene Rechtsprechung zurückgreifen (müssen).

URHEBERRECHT - III.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Die FDP unterstützt "open access" als eine Alternative zur herkömmlichen Publikation im Wissenschaftsbereich. Forderungen nach einer Beschränkung urheberrechtlicher Nutzungsrechte durch gesetzliche Eingriffe in das Urheberrecht der Autoren sieht die FDP allerdings kritisch. Wenn ein Autor sich für eine Verlagsveröffentlichung entscheidet, dann müssen die vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf die Nutzungsrechte grundsätzlich Bestand haben. Sinnvoll sind stattdessen die Kooperationen der Wissenschaftseinrichtungen mit den Wissenschaftsverlagen zum Aufbau von "open access" Repositorien; auf diese Weise können die unterschiedlichen Publikationsmodelle im Wege freiwilliger Vereinbarungen miteinander kombiniert werden. Sie sollten deshalb weiterentwickelt werden. Einer Ausgestaltung von § 38 UrhG als zwingendes Recht steht die FDP äußerst skeptisch gegenüber. Dieses Modell zur Schaffung eines zwingenden Zweitveröffentlichungsrechts oder eine Änderung von § 43 UrhG zur Schaffung eines erleichterten Zugriffsrechts zugunsten der Hochschulen wäre im Übrigen nicht nur rechtspolitisch bedenklich, sondern sie wären sehr wahrscheinlich nicht mit den zwingenden Vorgaben des europäischen Rechts zu vereinbaren und begegnen auch im Hinblick auf die verfassungsrechtlich garantierte Wissenschafts- und Publikationsfreiheit Bedenken.

KULTURELLE BILDUNG - IV.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD](#)

Es scheint überaus sinnvoll zu sein, das Angebot und die Leistungen der Öffentlichen Bibliotheken mit den Programmen und Maßnahmen des Bundes in Beziehung zu setzen und eine strategische Verknüpfung anzustreben. Es bleibt unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure zu prüfen, ob und inwiefern ein solches Vorhaben zeitnah und effektiv realisiert werden könnte.

KULTURELLE BILDUNG - IV.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat dem Bund und den Ländern empfohlen, die Einrichtung einer Bibliotheksentwicklungsagentur zu prüfen. Bisher sind uns die Ergebnisse einer Prüfung nicht zugegangen. Erst auf der Grundlage des Gutachtens kann eine belastbare Einschätzung vorgenommen werden.

KULTURELLE BILDUNG - IV.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

Das Grundgesetz weist die primäre Zuständigkeit für Bildungs- und Kultusfragen den Ländern zu. Dies ist auf der Basis der sog. Ewigkeitsklausel unveränderbar. Angesichts dieses Umstandes drängt die FDP darauf, dass die Länder die ihnen obliegenden Aufgaben mit der gebührenden Sorgfalt wahrnehmen und sich mit Blick auf die Entwicklungsplanung besser abstimmen. Dies gilt insbesondere auch für den Bibliotheksbereich.

Im Übrigen hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ keine Handlungsempfehlung für ein Bundesbibliotheksgesetz gegeben, sondern diesen Regelungsbereich bewusst der Länderebene zugeordnet. Diese Vorgehensweise ist aufgrund der oben aufgeführten Vergaben alternativlos.

KULTURELLE BILDUNG - IV.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [Grüne](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

Sehen Sie dazu bitte Frage 3 [I.3 - Anm. d. Red). Bibliotheken fallen in den Kompetenzbereich der Länder, weswegen der Bund hier keine führende Rolle übernehmen kann und darf.

GRÜNE

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Die Förderung von Informations- bzw. Medienkompetenz ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein besonders wichtiges Anliegen. Nur wer gelernt hat, mit der Informationsflut und den vielfältigen Unterhaltungsangeboten in unserer Mediengesellschaft umzugehen, kann selbstbestimmt entscheiden, welche Medien er oder sie nutzen will. Ohne entsprechende Kompetenzen wächst die Gefahr, Betrügern auf den Leim zu gehen oder ein Nutzungsverhalten zu entwickeln, das in die Abhängigkeit führt. Gleichzeitig ist die Förderung der Medienkompetenz in allen gesellschaftlichen Gruppen wichtig, um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Eine verstärkte Verankerung entsprechender Inhalte in den Lehrplänen sowie in der Lehrerausbildung halten wir daher für sehr begrüßenswert. Der Bund sollte hier im Rahmen seiner Kompetenz aktiv werden und die Länder verstärkt zu entsprechenden Schritten auffordern.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen jede Initiative zur Förderung von Informationskompetenz als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kompetenz von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit neuen Medien. Daher finden auch die kommunalen Initiativen selbstverständlich unsere Unterstützung. Entsprechende Vereinbarungen zwischen Schulen und Bibliotheken auf kommunaler oder Landesebene sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir weisen jedoch auch darauf hin, dass darüber hinaus neben projektbezogenen Ansätzen eine kontinuierliche Förderung derartiger Kompetenzen an Schulen nötig wäre. Zudem darf die Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz nicht auf Kinder und Jugendliche beschränkt bleiben, sondern muss alle Altersstufen umfassen, um eine Kluft zwischen jungen, medienkompetenten und älteren, von der Entwicklung abgeschnittenen Bürgerinnen und Bürgern, zu vermeiden.

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke \(1-3\)](#), [SPD \(1-3\)](#)

Wir unterstützen grundsätzlich alle Aktivitäten, die dazu beitragen, Medien und Informationskompetenz in unterschiedlichen Generationen zu vermitteln. Dabei haben kontinuierliche Angebote und die Förderung kleinerer Initiativen für uns Vorrang vor kurzfristigen Großprojekten. Die Bundesregierung weist in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zugang älterer Menschen zu neuen Medien“ (Bundestagsdrucksache 16/10540) darauf hin, dass sie keine spezifische Förderung der Medienkompetenz Älterer leistet bzw. plant, sondern diese lediglich als eine von vielen Zielgruppen ihrer generellen Maßnahmen sieht. Wir vermissen eine Gesamtstrategie und sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Mit der Föderalismusreform wurde der Bundesdurchgriff auf die Kommunen verboten. Damit der Bund wieder direkt Hilfen den Kommunen weiterreichen kann, fordern wir eine Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen insbesondere im Bildungsbereich.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-2\)](#), [FDP \(1, 2\)](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)

Neben der Originalerhaltung des schriftlichen Kulturgutes muss auch die öffentliche Nutzung gesichert werden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem bundeweiten Initiativprogramm zur Digitalisierung von gedrucktem und handschriftlichem Kulturgut. Nur so kann im digitalen Zeitalter die demokratische Verteilung von Wissen garantiert werden. Es müssen aber auch die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Bibliotheken zu Knoten im digitalen Informationsnetz werden. Digitalisierung darf aber nicht dazu führen, dass die Anschaffungsetats für das konventionelle Buch und die konventionelle Fachzeitschrift heruntergefahren werden.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-2\)](#), [FDP](#), [Linke \(1-2\)](#), [SPD \(1-2\)](#)

Bestandserhaltung ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Themen des Archiv- und Bibliothekswesens geworden. Einiges hat sich auch bereits getan. Was immer noch fehlt, ist eine zwischen Bund und Ländern abgestufte, nationale Bestandserhaltungskonzeption. Wir unterstützen daher die entsprechende Forderung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Zu ihrer Umsetzung müssen entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden und entsprechende spezifische Kenntnisse im Bereich „Bestandserhaltung“ müssen in den Ausbildungsordnungen für die bibliothekarischen Studiengänge und in den Fortbildungsangebote verankert werden.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Auch digital erzeugte Publikationen müssen in wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen zugänglich sein, denn nur so können Bibliotheken Orte des freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen bleiben. Probleme der Landzeitarchivierung digitaler Daten müssen schnell gelöst werden. Angesichts der großen und stets wachsenden Zahl von digitalen Datenträgern müssen die Digitalisate kontinuierlich angepasst, muss „Alterungen“ vorgebeugt und die Lagerung so erfolgen, dass die Zugänglichkeit und Benutzbarkeit gesichert bleibt.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Die bisherigen Erfahrungen mit Nationallizenzen sind positiv. Unseres Erachten sollten daher der Ausbau von Nationallizenzen geprüft werden.

URHEBERRECHT - III.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Der freie und ungehinderte Zugang zu Informationen aus Bildung und Wissenschaft ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir Grünen wollen Bibliotheken in diesem Sinne auch rechtlich aufwerten. Dabei muss ein fairer Ausgleich mit den RechteinhaberInnen geschaffen werden.

Öffentliche Bibliotheken dürfen derzeit nur elektronische Kopien versenden, wenn ein Verlag selbst kein eigenes Versandsystem anbietet (das sog. „Verlagsprivileg“) oder zu nicht „angemessenen“ Konditionen versendet. Allerdings können Bibliotheken und NutzerInnen kaum prüfen, was „angemessene“ Konditionen sind. Für den elektronischen Kopienversand wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb das Verlagsprivileg in

Artikel §53a streichen. Die Vergütung der Rechteinhaber für die Vervielfältigung und den Versand bleibt auch bei der Streichung des Verlagsprivilegs bestehen.

Die Informationsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Der freie und ungehinderte Zugang zu Informationen aus Bildung und Wissenschaft ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir Grünen wollen Bibliotheken in diesem Sinne auch rechtlich aufwerten. Es muss ein fairer Ausgleich mit den RechteinhaberInnen geschaffen werden.

URHEBERRECHT - III.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich insgesamt für einen möglichst freien Zugang zu Informationen aus. Im Wissenschaftsbereich etwa unterstützen wir Open Access. Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein. Gleiches gilt für öffentliches Wissen, das in Behörden und Archiven schlummert. Des Weiteren setzen wir uns seit langem für eine durchsetzungsstarke Privatkopie ein, die wir auch als Ausnahme exklusiver Urheberrechte ansehen.

Aufgrund der großen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Urheberrecht sehen wir jedoch derzeit keine Möglichkeit, ein allgemeines Ausnahmeprinzip entsprechend dem fair-use-Prinzip ins deutsche Urheberrecht einzuführen.

URHEBERRECHT - III.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen und unterstützen. Daher unterstützen wir das Open- Access-Prinzip. In der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft ist der ungehinderte Zugang zum jeweils neuesten Kenntnisstand die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Forschungsarbeit. Wir fordern ein Zweitveröffentlichungsrecht für UrheberInnen von wissenschaftlichen Beiträgen, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind.

KULTURELLE BILDUNG - IV.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD](#)

Bibliotheken gehören zu den Institutionen, die der Bildung am nächsten stehen. Lebenslanges Lernen ist kein bloßes Schlagwort mehr, sondern vielmehr eine Tatsache.

Bibliotheken kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Deshalb sind wir für Anreizsysteme, die die kulturelle Bildungsarbeit der Bibliotheken honorieren. Bibliotheken sind zum Beispiel ein wichtiger Akteur in der Zusammenarbeit mit Schulen und leisten einen großen Beitrag im Bereich der kulturellen Bildung von Migranten. Diese Aufgaben finden jedoch bei der finanziellen Ausstattung von Bibliotheken noch keine ausreichende Berücksichtigung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher, dass (auch) öffentliche Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft an Programmen und Einzelmaßnahmen des Bundes zur kulturellen und Erwachsenenbildung teilhaben können.

KULTURELLE BILDUNG - IV.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

Wir unterstützen diese Forderung. Die Bibliothekentwicklungsagentur soll als zentrales Steuerungsinstrument für Innovationen und Qualitätssicherung in den Bibliotheken dienen. Bibliotheken sollen als mit anderen Akteuren von Bildung und Information vernetzt und die Qualität der bibliothekarischen Dienstleistungen aus Sicht der KundInnen verbessert werden. Es soll Beratung zur effizienten Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und zur Lösung organisatorischer Fragen geben. Zudem sollen nationale und internationale Förderprogramme recherchiert und zugänglich gemacht werden.

KULTURELLE BILDUNG - IV.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung, dass der Bund mehr Verantwortung für die Bibliotheken übernehmen soll. Die problematische Situation der Bibliotheken in Deutschland hat auch mit dem Fehlen einer rechtlichen Grundlage für das deutsche Bibliothekswesen zu tun. Wir setzen uns für Landesbibliotheksgesetze ein. Aber auch Bund und Länder können gemeinsam ein Rahmengesetz erarbeiten. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung aktiv und koordinierend in die Bemühungen für eine bessere rechtliche und finanzielle Absicherung des deutschen Bibliothekswesens und weitgehend einheitliche Qualitätsstandards einbringt.

KULTURELLE BILDUNG - IV.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Linke](#), [SPD \(2-4\)](#)

Da es keine für das gesamte deutsche Bibliothekswesen zuständige zentrale Trägerinstanz gibt, ist es auch Aufgabe des Bundes, die strategische Ausrichtung der Bibliotheken in der Informationsgesellschaft zu fördern und die Festlegung von strategischen Prioritäten zu unterstützen. Das betrifft sowohl die Förderung durch eine Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Besonderheiten digitaler Medien Rechnung tragen, als auch eine Förderung der notwendigen Kooperation und Vernetzung von Bibliotheken und ihren Kooperationen im Rahmen der kulturellen Bildung. Umfang und Diversifizierung bibliothekarischer Leistungen haben in den vergangenen Jahrzehnten fortwährend zugenommen. Hieraus ergeben sich wichtige Anforderungen an die strategische Ausrichtung der bibliothekarischen Arbeit und Ausbildung. Kompetenznetzwerke müssen gestärkt werden. Hier muss der Bund ebenso Verantwortung übernehmen wie bei der Stärkung von Forschung, Innovation und Entwicklung und dem Ausbau der internationalen Beziehungen

LINKE

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.1 UND I.2 UND I.3

Antwort (Frage): CDU/CSU ([1](#), [2](#), [3](#)), FDP ([1](#), [2](#), [3](#)), Grüne ([1](#), [2](#), [3](#)), SPD ([1-3](#))

DIE LINKE macht sich dafür stark, dass Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern wird und zu wichtigen bildungspolitischen Anliegen Bund-Länder-Programme aufgelegt werden. Wir brauchen zum Beispiel dringend gemeinsame Programme von Bund und Ländern für die Ausbildung von mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie für die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern. Die Vermittlung von Kompetenzen zur Informationsbeschaffung, und hier vor allem zum Umgang mit neuen Medien, ist in der Tat wichtig, so dass wir hier Ihre Forderung, auch in diesem Bereich ein Bund-Länder-Programm aufzulegen, vorbehaltlos unterstützen.

Es geht gerade darum, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, Informationen kritisch zu bewerten, um fundiert mit widersprüchlichen Informationen umgehen zu können. Dieser Anspruch müsste sich in Bildungsstandards wiederfinden, die nicht zuletzt auf der Grundlage von Pilotprojekten im Rahmen von Bund-Länder-Programmen weiterentwickelt werden sollten. Zum kritischen Umgang mit Recherchemethoden und neuen Medien allgemein gehört auch, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur die marktdominierenden Programme kennenlernen, also nicht allein Google. Darüber hinaus ist es wichtig, dass in Schulen nicht nur Office-Produkte angewendet und erklärt werden, sondern auch Open-Source-Programme und alternative Anbieter. All diese Ansprüche müssen bundesweit auch in der Lehrerbildung verankert werden. Hierfür muss eine engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern möglich werden.

Was die Begabtenförderung und die Ausgestaltung von Exzellenzwettbewerben angeht, so sind diese im Zusammenhang mit der allgemeinen und sozial gerechten Vermittlung von Informationskompetenz und dem Umgang mit neuen Medien zu sehen. Es geht sowohl um Fähigkeiten, die in der Wissensgesellschaft zu den Kulturtechniken gezählt werden können - also darum, allen in der Schule eine solide Qualifikation mitzugeben -, als auch um eine gezielte Förderung von individuellen Stärken im Rahmen einer sozial ausgewogen zu gestaltenden Ausbildung.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.1 UND II.2

Antwort (Frage): CDU/CSU ([1-2](#)), FDP ([1](#), [2](#)), Grüne ([1](#), [2](#)), SPD ([1-2](#))

Die Bibliotheken müssen für veränderte Aufgaben im digitalen Zeitalter gerüstet werden. Der technische Fortschritt bei Informations- wie auch Restaurationstechnologien bietet große Chancen für den Erhalt und die Zugänglichmachung von Kulturgütern. DIE LINKE sieht dies als eine wichtige öffentliche Aufgabe an, die nicht dem privaten Markt überlassen werden kann. Nicht erst seit der Debatte um die Google-Book-Search hat DIE LINKE ein verstärktes Engagement der öffentlichen Seite, insbesondere der Bundesregierung für die Digitalisierung von gedruckten und handschriftlichen Kulturgütern gefordert. Wir unterstützen daher den Vorschlag für ein bundesfinanziertes Initiativprogramm. Dieses sollte dann in eine Gesamtkonzeption zur Bestandserhaltung eingebunden sein. DIE LINKE hat sich in der vergangenen Legislaturperiode bereits für eine Verbesserung der Situation der Konservierungs- und Restaurationswissenschaften, etwa im Nachwuchsbereich, eingesetzt.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

Die Digitalisierung muss nicht nur dem Erhalt, sondern auch dem verbesserten Zugang zu Kulturgütern dienen. Hierfür sind die technischen Voraussetzungen in den öffentlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen zu schaffen. Wir plädieren auch hier für ein stärkeres Engagement des Bundes, da es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, und unterstützen den Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek bzw. der Europeana.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

Nationallizenzen haben unbestritten praktische und finanzielle Vorteile für Bildung und Wissenschaft. Dies zeigen etwa die bestehenden Initiativen der DFG, die mit großen Wissenschaftsverlagen und Archiven entsprechend gute Konditionen aushandeln kann. DIE LINKE unterstützt den Ausbau dieser Initiativen, die eine bundesweite Zugänglichkeit internationaler Datenbanken, Archive und Publikationen sichern. Bei einem entsprechenden Aufwuchs der Lizenzen müssen jedoch auch die Länder als Träger etwa der Hochschulen in die Finanzierung einbezogen werden.

URHEBERRECHT - III.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

Das „digitale Dilemma“ äußert sich unter anderem dahingehend, dass bei der Distribution von Wissen und Kulturgütern einerseits große Effizienzsprünge zu verzeichnen sind, während andererseits der Zugang durch immer bessere Kontrolltechniken überwacht und verknappt wird. Während also die Verbreitung von Inhalten fast nichts mehr kostet, wird gleichzeitig mittels Digital Rights Management und Urheberrechtsverschärfung die legale Nutzung verteuert und verhindert. Es ist daher sinnvoll, Schrankenregelungen zugunsten von Bildung und Wissenschaft in einem ersten Schritt auszubauen, zu vereinfachen und vor allem praktikabel zu gestalten. Die Effizienzfortschritte durch digitale Distribution müssen besonders an öffentliche und gemeinnützige Nutzer wie das Bildungswesen weitergegeben werden. Eine Vergütung muss sich entsprechend ausrichten und sollte sich den realen Kosten von Herstellung und Vertrieb der Produkte annähern. Extraprofiten auf Grund von Monopolen, wie etwa analog im Schulbuchbereich, sind in Zeiten des Internet nicht zeitgemäß. Die Linksfraktion im Bundestag hat 2007 in einem Entschließungsantrag (BT-Drs. 16/5944) zum zweiten Korb zur Novellierung des Urheberrechts gefordert, Bildung und Wissenschaft Vorrang vor der kommerziellen Nutzung von Inhalten einzuräumen. Dieser Vorrang muss sich auch in einer Stärkung der Rolle der wissenschaftlichen Bibliotheken bei der digitalen Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und der Stärkung von Open-Access-Publikationen äußern. Das würde zudem die Rechte der Urheber stärken, die neben der Verlagspublikation Open-Access-Plattformen nutzen können.

URHEBERRECHT - III.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

Ja. Die Unübersichtlichkeit und Komplexität der jetzigen Schrankenregelungen bremsen weitere Fortschritte in der digitalen Wissensvermittlung, etwa beim E-Learning. Zudem werden Investitionen in IT-Infrastrukturen und die Entwicklung pauschaler Vergütungssysteme behindert. Der Streit um die Umsetzung des §52a des Urheberrechtsgesetzes zeigt, wie schwierig die Umstellung auftragfähige Zahlungsmodi angesichts der

Ablösung der Inhalte von der stofflichen Form des Buches oder der CD ist. Bis heute konnten sich Länder und Verwerter nicht auf einen Modus einigen. DIE LINKE meint, dass der Strukturwandel nicht gebremst, sondern aktiv gestaltet werden muss. Dazu kann eine einheitliche Schranke für Bildung und Wissenschaft beitragen.

URHEBERRECHT - III.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

DIE LINKE unterstützt die Open-Access-Bewegung. Bei einer kommenden Novelle des Urheberrechtes können Open-Access-Publikationen erleichtert werden, indem den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Möglichkeiten einer Mehrfacherstveröffentlichung bzw. nichtexklusiver Vergabe von Nutzungsrechten garantiert werden. Wenn Total-Buyout-Verträge bzw. Exklusivabtretungen für den Wissenschaftsbereich - wie in der Frage formuliert - gesetzlich ausgeschlossen wären, könnten Open-Access-Veröffentlichungen und damit ein offener Zugang zum Wissen aus öffentlicher Produktion gewährleistet werden. Zwingend ist daher vor diesem Hintergrund eine Reform des Urhebervertragsrechtes, welche ein Zweitveröffentlichungsrecht bzw. nur nichtexklusive Rechteübertragungen für wissenschaftliche Publikationen vorsieht. Damit würden zudem die Position der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Verhandlungen mit Verlagen gestärkt und die Verlage auf ihre eigentliche Rolle als Dienstleister orientiert.

Open Access für öffentliche Forschung muss in einer kommenden Novellierung des Urheberrechts gesetzlich verankert werden, um den spezifischen Charakter öffentlich finanzierter Wissensproduktion gegenüber etwa Auftragsforschung oder kommerzieller Innovation deutlich hervorzuheben. Der grüne Weg des Open Access kann auf diese Weise gefördert werden und weitergehende Perspektiven in Richtung eines Goldenen Weges vorbereitet werden.

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass für eine weitere Verbreitung von Open Access neben Veränderungen im Urheberrecht vor allem die Akzeptanz in der Scientific Community gesteigert werden muss. Zudem müssen die Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen in die Lage versetzt werden, eine umfangreiche Open-Access-Publikationspraxis umzusetzen. Neben dem nationalen und internationalen Urheberrecht sind jedoch auch die jeweils zuständigen Parlamente und Verwaltungen gefragt, im konkreten Verwaltungshandeln eine gemeinnützige und progressive Publikationspolitik in Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mittels entsprechender Steuerungsinstrumente und Finanzierungsanreize voranzubringen.

KULTURELLE BILDUNG - IV.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD](#)

Bibliotheken sind Bildungs- und Kultureinrichtungen zugleich. Sie sind wesentliche Orte kultureller Bildung für die verschiedenen Altersgruppen und sozialen Schichten. Kultur für alle von Anfang an -diese Forderung lässt sich ohne Bibliotheken nicht verwirklichen. Diese Seite ihrer Arbeit wird bei der Personal- und Mittelausstattung in den Ländern und Kommunen immer noch zu wenig berücksichtigt. Auch auf Bundesebene geht es darum, kulturelle Bildung als eine Querschnittsaufgabe verschiedener Politikfelder, von der Kultur- und Bildungspolitik bis zur Jugend- und Familienpolitik zu begreifen und in den jeweiligen Förderprogrammen fest zu verankern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderprogramme zur kulturellen Bildung aufgestockt werden und Bibliotheken als Orte kultureller Bildung dabei eine angemessene Berücksichtigung finden.

KULTURELLE BILDUNG - IV.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD \(2-4\)](#)

DIE LINKE unterstützt die Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zur Errichtung einer Bibliotheksentwicklungsagentur. Wir halten es für dringend notwendig, strategische, innovative und qualitätssichernde Zielsetzungen länderübergreifend abzustimmen und umzusetzen. Ein entscheidendes Defizit in der deutschen Bibliothekslandschaft ist das Fehlen einer überörtlichen Koordinierung und Vernetzung der Bibliotheken untereinander, zumindest außerhalb der wissenschaftlichen Bibliotheken. Andere europäische Staaten wie Finnland, Großbritannien und Dänemark haben überregionale Kooperationsformen institutionalisiert und damit gute Erfahrungen gemacht. Diesem Beispiel sollten wir folgen.

KULTURELLE BILDUNG - IV.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD \(2-4\)](#)

Wir unterstützen Ihre Forderung nach einer nationalen Bibliotheksstrategie und einem Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene. Wir setzen uns für eine bundesweite gesetzliche Regelung ein, die den Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zur Pflichtaufgabe erklärt und Anforderungen an die Ausstattung mit Bibliotheken, deren Standards und Finanzierung festschreibt. Dabei stehen auch wir vor den Schwierigkeiten, dieses Anliegen im derzeitigen föderalen System der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen zu können. In der Enquete-Kommission wurde auch über ein Bundesbibliotheksgesetz debattiert, dieses unter föderalen Gesichtspunkten aber leider verworfen. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu ein Sondervotum eingebracht (siehe BT-Drs. 16/7000 S. 132). Wir halten ein solches Gesetz auf Bundesebene für unverzichtbar. Immerhin aber wurde eine Empfehlung für Bibliotheksgesetze in den Ländern und für einen länderübergreifenden Bibliotheksentwicklungsplan ausgesprochen. Für deren Umsetzung setzen wir uns nun in den Landesparlamenten ein.

KULTURELLE BILDUNG - IV.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [SPD \(2-4\)](#)

Zur Stärkung der Bibliotheken als Orte der kulturellen Bildung bedarf es einer nationalen Anstrengung, der Bündelung der Kräfte und der Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund. Er sollte hierbei eine koordinierende Aufgabe wahrnehmen und dafür die notwendigen Kompetenzen erhalten. Und er sollte auch weiterhin die Möglichkeit haben, Modellprojekte und vorwärtsweisende Initiativen in den Ländern zu fördern. Basis dafür kann nur ein kooperativer Föderalismus sein. Die letzten Reformen am föderalen System gingen leider in die entgegengesetzte Richtung und haben sich als kontraproduktiv erwiesen. Wir sprechen uns deshalb für eine Aufhebung des Kooperationsverbots in Artikel 104 b aus. Darüber hinaus fordern wir die Einfügung einer Gemeinschaftsaufgabe Bildung und einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur in das Grundgesetz, die es dem Bund ermöglicht, bei Aufgaben von überregionaler Bedeutung insbesondere durch die Gewährung von Finanzhilfen beim Ausbau der Infrastruktur in diesen Bereichen mitzuwirken.

SPD

INFORMATIONSKOMPETENZ - I.1 UND I.2 UND I.3

Antwort (Frage): CDU/CSU ([1](#), [2](#), [3](#)), FDP ([1](#), [2](#), [3](#)), Grüne ([1](#), [2](#), [3](#)), Linke ([1-3](#))

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

In der Informations- und Wissensgesellschaft gehört Informationskompetenz zu den Schlüsselkompetenzen individueller Handlungsfähigkeit und Autonomie. Wissen und Information effektiv zu recherchieren, kritisch zu bewerten, analytisch zu verarbeiten und zielorientiert zu nutzen, gewinnt unter den Bedingungen der zunehmenden Vielfalt und auch Kurzlebigkeit von Information immer mehr an Bedeutung. Die Vermittlung von Informationskompetenz muss daher in den Lehrplänen der Schulen sowie in der Lehrerbildung angemessene Berücksichtigung finden. Hierfür haben aufgrund der Zuständigkeit primär die Länder Sorge zu tragen. Da bildungspolitische Herausforderungen nur selten an landespolitischen Grenzen Halt machen, verstärkt sich auch der Bedarf an übergreifenden, einheitlichen Handlungsrahmen.

Für die SPD ist klar: Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei müssen die verschiedenen Ebenen, also Bund, Länder und Kommunen, zusammenarbeiten statt zu konkurrieren. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Zusammenarbeit möglich ist. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz, das es Bund und Ländern verbietet, in der Schulpolitik zusammenzuarbeiten, ist nicht zeitgemäß und deshalb überholt. Notwendig ist eine Bildungsoffensive, die selbstverständlich die grundgesetzlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern berücksichtigt. Die SPD wird die Weiterentwicklung und Verbesserung von bundeseinheitlichen Bildungsstandards weiter vorantreiben.

Die SPD hat zugleich auf eine innovative empirische Bildungsforschung und ein nationales Bildungspanel gedrängt. Mit der Etablierung eines nationalen Bildungspanels soll eine langfristige und aussagekräftige Datenbasis für eine an Bildung im Lebenslauf orientierte Bildungsberichterstattung und damit auch die Grundlage für weitere bildungspolitische Reformschritte geschaffen werden. Im Rahmen der Bildungsforschung kann der Bund einen Beitrag dazu leisten, wie die Informationskompetenzvermittlung bundesweit verbessert werden kann. Auch Initiativen der Kommunen zur Zusammenarbeit von Schulen, Bibliotheken und Informationsfachleuten können sicherlich einen schnellen und wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Informationskompetenz leisten.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.1 UND II.2

Antwort (Frage): CDU/CSU ([1-2](#)), FDP ([1](#), [2](#)), Grüne ([1](#), [2](#)), Linke ([1-2](#))

Beide Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Viele kulturelle Zeugnisse (gedrucktes und handschriftliches Kulturgut) ebenso wie zahlreiche wissenschaftliche Informationen sind nur zu einem geringen Teil einem breiten Publikum zugänglich und bedürfen gleichzeitig der dauerhaften Sicherung und Bewahrung vor Verlust. Dies soll sich grundlegend ändern. In Deutschland haben eine Reihe von Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen bereits umfangreiche praktische Erfahrungen mit der Digitalisierung von Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen gesammelt. Dies geschah und geschieht vor allem mit finanzieller Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Um die mit der digitalen Erschließung des kulturellen und medialen Erbes verbundenen Chancen und Möglichkeiten (u.a. Demokratisierung des Wissens und der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben) nutzen zu können, werden erhebliche Anstrengungen zur Digitalisierung notwendig sein.

Zudem sind eine Vielzahl von technischen und organisatorischen Fragen hinreichend zu klären, was im Hinblick auf die Kulturzuständigkeit der Länder nur in einem gemeinsamen Vorgehen möglich sein wird.

Vor diesem Hintergrund wird zu prüfen sein, inwiefern in Kooperation mit den Ländern, in deren Verantwortungsbereich sich ein Großteil des Kulturgutes befindet, umfassende Digitalisierungsprojekte und -programme realisiert werden können. Letztlich wird diese Aufgabe nur in gemeinsamer Anstrengung auch mit Unterstützung der Wirtschaft gelingen.

Klar ist für uns, dass nicht nur die Digitalisierung von Kulturgütern eine wichtige Maßnahme zu deren Erhalt, sondern auch der eigentliche Erhalt des kulturellen Erbes notwendig ist.

Für die SPD besteht eine grundlegende Notwendigkeit für den Erhalt, die dauerhafte Sicherung und geeignete Zugänglichmachung von gedrucktem und handschriftlichem Kulturgut, zu dem Bücher, Handschriften und Archivalien zu zählen sind. Auch über die Erarbeitung und ggf. Umsetzung einer nationalen Bestandserhaltungskonzeption wird zusammen mit den dafür in erster Linie zuständigen Ländern zu diskutieren sein.

Die auch von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ unterbreiteten Handlungsempfehlungen an den Bund, gemeinsam mit den Ländern „eine nationale Bestandserhaltungskonzeption für gefährdetes schriftliches Kulturgut zu erarbeiten“ und ein „Förderprogramm zur physischen Rettung, digitalen Erfassung und digitalen Sicherung von bedrohtem schriftlichem Kulturgut von nationaler und europäischer Bedeutung aufzulegen (...)“ werden von der SPD mitgetragen unterstützt. Damit wird auf die zwei möglichen Säulen der Bestandserhaltung von Kulturgut abgestellt – dem physischen Erhalt und der Digitalisierung von gedrucktem und handschriftlichem Kulturgut.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Mit dem Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek haben wir zu Beginn der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages den Sammelauftrag der Deutschen Nationalbibliothek auf Seite 3 von 6 die mittlerweile weit verbreiteten unkörperlichen Publikationen, sowie Veröffentlichungen im Internet erweitert und damit die Bewahrung und Nutzung des digitalen Kulturerbes für Literatur, Wissenschaft und Praxis zu ermöglichen. Damit erfolgte ein erster und zentraler Schritt hin zu einer langfristigen Zugänglichkeit von digital erzeugten Netzpublikationen. Es besteht nun eine Ablieferungspflicht bzw. erfolgt die Abholung durch die Bibliothek nach Bereitstellung der Publikation durch den Ablieferungspflichtigen im Netz.

Das Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek folgt mit der Ausweitung des Sammelauftrages auf Netzpublikationen internationalen Entwicklungen. Die Konferenz der europäischen Nationalbibliothekare hatte eine gemeinsame Plattform zur Katalogrecherche geschaffen, die der Europäischen Union als Ausgangspunkt für die Entwicklung der Europäischen Digitalen Bibliothek diente, welche bereits Ende 2008 freigeschaltet wurde.

Inwiefern über diese zentralen Projekte hinaus die langfristige Zugänglichkeit von digital erzeugten Netzpublikationen in wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen im Rahmen eines bundesweiten Initiativprogramms sichergestellt werden sollte, wird zu prüfen sein.

BESTANDSERHALTUNG & DIGITALISIERUNG - II.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Soweit es sich dabei um Forschungseinrichtung handelt, die durch den Bund grundfinanziert sind, sollte sich der Bund aus Sicht der SPD an der zentralen Finanzierung entsprechender Lizenzen beteiligen. Betreffen derartige Nationallizenzen die in der ausschließlichen Verantwortung der Länder liegenden Universitäten und Hochschulen sind damit auch diese bzw. die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) für die Finanzierung zuständig.

URHEBERRECHT - III.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Die Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft stellt das Recht am geistigen Eigentum in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Fragen und auch konfliktreicher Auseinandersetzungen aufgrund unterschiedlicher Interessen von Kreativen, Verlagen, Institutionen sowie der Nutzerinnen und Nutzer. Dies gilt für eine moderne Bildungs- und Innovationspolitik in doppelter Weise, da der Zugang zu Informationen und Wissen zu fairen Bedingungen eine Grundvoraussetzung für ein qualitatives Bildungssystem wie ein leistungsfähiges Innovationssystem darstellt.

Das ist der Grund, weshalb die SPD im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU für die Verankerung einer bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Reform des Urheberrechts gesorgt hatte.

Mit dem zweiten Korb zur Novellierung des Urheberrechtes wurden aus bildungs- und forschungspolitischer Sicht wichtige Verbesserungen erreicht, beispielsweise die Sicherung der Online-Leseplätze und der Kopierendirektversand. Dennoch besteht aus Sicht von Bildung, Wissenschaft und Forschung weiterer urheberrechtlicher Reformbedarf. Notwendig ist ein „dritter Korb“ für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der den zentralen Anforderungen an ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht gerecht werden muss. können und muss in der nächsten Legislaturperiode zügig in Angriff genommen werden. Im Mittelpunkt dieses dritten Korbes müssen die rasanten technologischen Entwicklungen im IuK-Bereich sowie die Rahmenbedingungen für die neuen Lehr- und Lernplattformen (beispielsweise e-Learning, Distance Teaching, Online Instructioning usw.) stehen.

URHEBERRECHT - III.2

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Die bestehenden Schrankenregelungen im Urheberrecht entsprechen in ihrer jetzigen Struktur der (noch) geltenden, differenzierten Struktur der Richtlinie "Urheberrecht in der Informationsgesellschaft" (Info-RL). Die Frage, wie das Urheberrecht im Bereich von Bildung, Forschung und Wissenschaft zukünftig zu gestalten ist, wird sowohl auf europäischer Ebene als auch auf deutscher Ebene intensiv erörtert. Die Europäische Kommission hat mit dem Grünbuch "Urheberrecht in der wissensbestimmten Wirtschaft" die beteiligten Kreise um Stellungnahme gebeten. Auch das Bundesministerium der Justiz hat - nach entsprechenden Prüfbitten von Bundestag und Bundesrat bei der Verabschiedung des "Zweiten Korbs" der Urheberrechtsreform - mit einem Konsultationspapier die beteiligten Kreise u.a. auch zu diesen Fragen um Stellungnahme gebeten. Die Konsultation des BMJ betrifft insbesondere die Frage von open access sowie die angesprochenen Schrankenregelungen des UrhG.

Stellungnahmen der Wissenschaftsverbände, insbesondere aber die Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum zu dem Grünbuch der KOM haben eine Umgestaltung der Schrankenregelungen in der

Richtlinie "Urheberrecht in der Informationsgesellschaft" (Info- RL) in ähnlicher Art und Weise vorgeschlagen, wie sie auch von den Bibliotheks- und Wissenschaftsverbänden in den Wahlprüfsteinen für das deutsche Urheberrecht zur Diskussion gestellt wird.

Grundsätzlich begrüßt die SPD die Prüfung einer solchen einheitlichen Schrankenregelung für Bildung und Forschung, die allerdings nicht allein auf nationaler Ebene, sondern europaweit einheitlich geregelt sein müsste. Ein abschließende Einschätzung, ob es eine einheitliche gesetzliche Schranken-Regelung für Bildung und Forschung geben soll, ist daher zur Zeit noch nicht möglich, da zunächst die europäischen wie auch die deutschen Konsultationsverfahren abgewartet und intensiv ausgewertet werden sollten.

URHEBERRECHT - III.3

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(1-3\)](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Aus bildungs- und forschungspolitischer Sicht ist bei der Prüfung eines dritten Korbes zur Novellierung des Urheberrechtes insbesondere zu prüfen, wie das – auch international inzwischen immer nachhaltiger eingeforderte – Prinzip eines freien und für die Nutzer im Regelfall kostenlosen Zugangs zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen (Open Access) auch in Deutschland festgeschrieben werden kann. Damit könnte die Chance eröffnet werden, dass auf der Grundlage des Open-Access-Prinzips innovative, attraktive und elektronischen Umgebungen und angemessene Organisations- und Geschäftsmodelle für Publikation und Distribution von Wissen entstehen, die auch Verlagen und der gesamten Informationswirtschaft neue Möglichkeiten zur Erschließung von Publikations- und Distributionmärkten bieten.

Darüber hinaus sollte - wie dies auch der Bundesrat im Rahmen der parlamentarischen Beratung zum zweiten Korb gefordert hat - ein Zweitverwertungsrecht für Urheber von wissenschaftlichen Beiträgen geprüft werden, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind. In den USA („government purpose license“) und Großbritannien („crown copyright“) können Urheber, die bei aus Steuermittel finanzierten Einrichtungen beschäftigt sind, Nutzungsrechte an Verlage nur eingeschränkt übertragen. Im Rahmen des Prüfauftrages ist dieser internationale Vergleich zu berücksichtigen und sind ebenfalls die entsprechenden Umsetzungsmöglichkeiten hinsichtlich des deutschen Urheberrechts zu überprüfen.

KULTURELLE BILDUNG - IV.1

Antwort (Frage): [CDU/CSU](#), [FDP](#), [Grüne](#), [Linke](#)

Die SPD tritt für den Erhalt der einzigartigen und vielfältigen Kulturlandschaft in Deutschland ein, zu der auch die öffentlichen Bibliotheken zählen. Für uns ist es Aufgabe der Kulturpolitik, Kultur als öffentliches Gut zu stärken sowie die Kultur und die kulturelle Infrastruktur in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Zivilgesellschaft und Markt zu fördern. Der Erhalt der kulturellen Infrastruktur in den Kommunen und damit auch der kommunalen öffentlichen Bibliotheken sind ebenso wie der Bereich der kulturellen Bildung grundgesetzlich verankert zunächst einmal Aufgabe von Ländern und Kommunen. Der Bund kann in Ergänzung zur Kulturförderung der Länder und Kommunen nur dann kulturelle Einrichtungen, Projekte und Programme fördern, wenn diese von nationaler und gesamtstaatlicher Bedeutung sind.

Unter diesen Voraussetzungen haben wir uns als SPD dafür eingesetzt, dass im Konjunkturpakt II der Bundesregierung im Programm Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, mit einem Volumen von 13,3 Mrd. Euro (10 Mrd. Euro Bundesmittel, 3,3 Mrd. Euro Landes- und Gemeindemittel) ein Schwerpunkt des Konjunkturpakets II, Kultureinrichtungen wie Museen, Theater und Stadtteilbibliotheken im Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (35 Prozent oder 3,5 Mrd. Euro der Bundesmittel) ausdrücklich berücksichtigt werden können. Auch im Investitionsschwerpunkt Bildung (65 Prozent oder 6,5 Mrd. Euro der

Bundesmittel) können Einrichtungen der kulturellen Bildung wie bspw. öffentliche kommunale Bibliotheken Fördermittel erhalten.

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat in ihrem Abschlussbericht die Bedeutung von Bibliotheken als zentrale Orte der Kulturellen Bildung sehr deutlich hervorgehoben. Darauf aufbauend vertritt die SPD in ihrem Regierungsprogramm folgende deutliche Position: „Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führen zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. (...) Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, aber auch Museen, Theater und Kinos müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt und gefördert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.“

Wir wollen, dass kulturelle Bildungsangebote vom frühkindlichen bis ins hohe Alter unterbreitet und genutzt werden. Öffentliche Bibliotheken müssen ebenso wie Musik- und Jugendkunstschulen und Museen, aber auch Theater und Orchester als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt, gefördert und als pflichtige Aufgabe des Staates gesichert werden.

KULTURELLE BILDUNG - IV.2 UND IV.3 UND IV.4

Antwort (Frage): [CDU/CSU \(2-4\)](#), [FDP \(2, 3, 4\)](#), [Grüne \(2, 3, 4\)](#), [Linke \(2, 3, 4\)](#)

Diese Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs in Verbindung beantwortet.

Über die grundlegende Bedeutung von öffentlichen Bibliotheken für die kulturelle Bildung hinaus (siehe Antwort auf die vorhergehende Frage) hat sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ mit ganz konkreten Maßnahmen befasst und u.a. empfohlen:

- die Einrichtung einer Bibliotheksentwicklungsagentur zu prüfen, die dazu beitragen kann, strategische, innovative und qualitätssichernde Zielsetzungen länderübergreifend abzustimmen und umzusetzen,
- einen länderübergreifenden Bibliotheksentwicklungsplan zu erstellen, der bildungspolitische Zielsetzungen und Qualitätsstandards beinhaltet und
- die Formulierung eines Bibliotheksentwicklungsplanes zu prüfen, innerhalb dessen konzeptionelle und strategische Kooperationen und Synergieeffekte der Bibliotheken der Länder untereinander und mit Schulen, Kindergärten und anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen erreicht werden können.

Diese Handlungsempfehlungen wurden von der SPD in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ maßgeblich mit formuliert und werden daher ausdrücklich unterstützt. Es ist aus unserer Sicht notwendig, die durch sparten-, länder- und Bibliotheksübergreifende Kooperationen möglichen Synergieeffekte zu nutzen und wichtige, gemeinsam verabredete bildungspolitische Ziele zu erreichen. Bibliotheken sind wichtige Orte der kulturellen Bildung und der kulturellen Integration. Aufgrund der niedrigen Zugangsvoraussetzungen werden sie überdurchschnittlich oft von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt. Um diese Bedeutung und die damit verbundenen Möglichkeiten noch stärker herausarbeiten zu können, bedarf es der oben benannten Ansätze. Im Sinne einer solchen aktivierenden Kulturpolitik kann eine stärkere strategische kultur- und bildungspolitische Ausrichtung im Übrigen auch wichtig sein, um finanzielle Restriktionen der Kommunen zu begegnen.

STATISTIKSPIELEREIN

WÖRTERZAHL PRO PRÜFSTEIN UND PARTEI

PARTEI	Prüfstein I	Prüfstein II	Prüfstein III	Prüfstein IV	GESAMT
CDU/CSU	460	302	86	447	1295
FDP	246	269	529	201	1245
Grüne	348	238	301	377	1264
Linke	275	243	534	449	1501
SPD	277	573	626	574	2050
SCHNITT	321,2	325	415,2	409,6	1471

WORDLE-WORDCLOUDS

Die Wordclouds wurden mit Wordle (<http://www.wordle.net>) erstellt. Grundlage sind die reinen Antworttexte. Folgende Einstellungen wurden bei Wordle verwendet:

Language: Make all words lower-case

Font: Grilled Cheese BTN

Layout: Maximum Words = 30; Prefer Alphabetical Order; Straighter Edges; Vertical

Color: Heat



Images created by the [Wordle.net](http://www.wordle.net) web application are licensed under a [Creative Commons Attribution 3.0 United States License](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/).



Abbildung 1: CDU/CSU



Abbildung 2: FDP



Abbildung 3: Grüne



Abbildung 4: Linke

